

Der russische Militäreinsatz in Syrien

Operationsplan, Zielsetzungen und die Folgen für die Politik des Westens

Markus Kaim / Oliver Tamminga

Die Stationierung und der Einsatz von russischen Luftstreitkräften in Syrien könnten zum Wendepunkt für das Regime von Präsident Bashar al-Assad werden. Seit dem Beginn der russischen Luftangriffe am 30. September 2015 wird in den Medien und in der Politik diskutiert, welche Absichten Russland mit seinem Eingreifen in Syrien verfolgt. Mit Blick auf das in Syrien stationierte militärische Kräfteredispositiv, die Vorgehensweise der russischen Luftstreitkräfte und die offiziellen Verlautbarungen des Kreml nach dem Assad-Besuch in Moskau lassen sich bereits nach kurzer Zeit die Grundzüge eines russischen Operationsplans erkennen. Er hat Auswirkungen weit über Syrien hinaus.

Am 30. September 2015 haben die russischen Streitkräfte eine Reihe von Operationen in Syrien begonnen, die bereits seit Anfang September durch die Errichtung eines Stützpunkts südlich von Latakia und die Verlegung von entsprechenden Kräften vorbereitet worden waren. Unklarheit besteht aber nach wie vor über die militärischen wie politischen Ziele der russischen Regierung bzw. die Gründe für diese militärische Intervention.

Die russische Regierung hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie gegen alle Kräfte vorzugehen bereit ist, die gegen das Regime in Damaskus kämpfen. Denn alle oppositionellen, militärisch agierenden Gruppen sind nach Ansicht der Führungen in Damaskus und Moskau Terroristen, die es zu bekämpfen gilt (siehe dazu SWP-Aktuell 85/2015 von Uwe Halbach). Dabei hat Russland immer vermieden, sich der

US-geführten Koalition aus 60 Staaten und internationalen Organisationen anzuschließen, die gegen den IS gebildet worden ist. Vielmehr hat die russische Regierung frühzeitig begonnen, eine Allianz mit Syrien, Iran, Irak und der libanesischen Hisbollah zu bilden, auch wenn diese Akteure unterschiedliche Interessen verfolgen.

Das russische Kräfteredispositiv in Syrien

Russland hat in den letzten Wochen verstärkt militärische Kräfte auf die Luftwaffenbasis nahe Latakia im Nordwesten Syriens verbracht.

Die dort stationierten Marineinfanteristen, Panzer vom Typ T-90, Gefechtsfahrzeuge und Artillerie dienen vor allem dem Schutz der Luftwaffenbasis vor Angriffen durch den IS oder andere Oppositionsgrup-

pen. Die Zahl von 300 bis 500 Marineinfanteristen ist zwar ausreichend, um eine solche Basis dauerhaft zu schützen, aber zu klein, um diese Kräfte offensiv einzusetzen.

Die nach Syrien verlegten russischen Su-24- und Su-34-Jagdbomber, Su-25-Erdkampfflugzeuge sowie die Mi-24-Kampfhubschrauber und Aufklärungsdrohnen sind in erster Linie dazu geeignet, Bodentruppen im Gefecht zu unterstützen. Sie dienen also offenbar vor allem dazu, die Operations- und Bewegungsfreiheit syrischer oder anderer Truppen am Boden zu gewährleisten, Gegenoffensiven zu unterstützen und ausgewählte Ziele, auch in der Tiefe des Operationsgebiets, zu bekämpfen. Insbesondere die Su-25-Erdkampfflugzeuge sind aufgrund ihrer Bewaffnung und der Befähigung zum relativ langsamen Fliegen darauf spezialisiert, Bodentruppen im Gefecht zu unterstützen. Die Jagdbomber können aufgrund ihres Einsatzradius vergleichsweise lange im Einsatzgebiet bleiben und auf die Zuweisung möglicher Ziele warten. Inzwischen hat die russische Regierung bestätigt, dass die Bodenoffensive von Truppen Syriens mit russischer Luftunterstützung durchgeführt wird. Damit ist der Zweck der dorthin verlegten militärischen Fähigkeiten belegt.

Moskau hat aber auch Waffensysteme nach Syrien verbracht, die nichts mit dem Kampf gegen den IS oder Rebellen zu tun haben, sondern vielmehr ganz ausdrücklich zum Schutz des syrischen Regimes eingesetzt werden sollen. Die Radargeräte, Flugabwehrraketensysteme und die Su-30-Mehrrollenkampfflugzeuge sowie die Mittel zum elektronischen Kampf dienen grundsätzlich der Verhinderung oder Einschränkung gegnerischer Luftkriegsoperationen, dem Schutz der eigenen Kräfte vor gegnerischen Luftangriffen und der Unversehrtheit des eigenen Luftraums. Da aber weder der IS noch andere oppositionelle Gruppierungen über Flugzeuge oder Luftangriffsmittel verfügen, scheint der Zweck ein anderer zu sein: Durch den Einsatz dieser Waffensysteme ist es möglich, in einem bestimmten Bereich im Westen und Nord-

westen des Landes eine Art Schutzschirm über syrische und russische Streitkräfte aufzuspannen, da die Luftstreitkräfte durch ihre bloße Präsenz eine ernstzunehmende Gefahr für die westlichen Kampfflugzeuge darstellen. Diese Form der Luftüberlegenheit beeinflusst unmittelbar den Einsatz der Luftkriegsmittel der USA und ihrer Verbündeten und zwingt diese dazu, die eigenen Operationen mit Russland zu koordinieren, um Zwischen- oder sogar Unfälle zu vermeiden. Beispiele für die neuen Risiken, die sich hier ergeben, sind die Vorfälle, bei denen sich ein russisches Kampfflugzeug in den türkischen Luftraum »verirrt« hat, oder die Abbrüche von Angriffen US-amerikanischer Kampfflugzeuge, die russischen Jets zu nahe gekommen sind sowie der Abschuss einer angeblich russischen Drohne im türkischen Luftraum.

Russland verfügt damit de facto über eine Vetomöglichkeit in Sachen Luftoperationen im russisch kontrollierten Luftraum Syriens. Anders formuliert: Russland hat durch sein militärisches Vorgehen einen direkten Hebel auf die Flugbewegungen der internationalen Anti-IS-Koalition gewonnen und kann deren militärische Handlungsfreiheit wirksam begrenzen.

Ziel des russischen Handelns

Zusammengenommen zeichnet sich aus diesen Elementen ein erstes Lagebild ab und ein Operationsplan wird in Konturen erkennbar. Russland will mit seiner Militärintervention mehrere unterschiedliche Ziele erreichen.

Auf operativer Ebene verfolgt Moskau derzeit das Ziel, das Assad-Regime vor Oppositionellen jeglicher Art zu schützen und nicht nur gegen den IS. Ein Blick auf die Regionen Syriens, in denen es bisher zu russischen Luftangriffen gekommen ist, macht deutlich, dass offenbar die oppositionellen Gruppierungen im Norden des Landes und an den Rändern der von Assads Truppen kontrollierten Gebiete bekämpft und Enklaven der Rebellen zerschlagen werden sollen. Der Kampf gegen den IS scheint dem-

nach – zumindest zurzeit – nur von nachrangiger Bedeutung und eher Teil der Legitimation zu sein, die das russische Engagement politisch rechtfertigen soll. Zumindest die Zielauswahl seit Beginn der Luftschläge deutet darauf hin.

In einem Interview hat Präsident Putin erklärt, das Ziel des Einsatzes sei, die als rechtmäßig erachtete Regierung in Damaskus zu stabilisieren und die Voraussetzungen für einen politischen Kompromiss in Syrien zu schaffen. Damit lautet das strategische Ziel, bis auf weiteres die Aufrechterhaltung eines alawitischen »Kern-Syriens« zu gewährleisten. Erreicht wird dies unter anderem durch die Schaffung einer unerklärten, aber de facto vorhandenen Flugverbotszone für die westliche Anti-IS-Koalition über Teilen Syriens, deren Wirkung auch durch das russisch-amerikanische *Memorandum on Air Safety in Syria* vom 20. Oktober kaum geschmälert wird.

Auch die Überlegung, Teile der russischen Schwarzmeerflotte in das östliche Mittelmeer zu verlegen, dient diesem Ziel und könnte als Beitrag zu dem Bestreben gedeutet werden, eine »Anti Access/Area Denial«-Strategie zu implementieren, also andere militärische Kräfte am Eindringen in ein Operationsgebiet zu hindern oder deren Operationsfreiheit in einem bestimmten Territorium einzuschränken.

Auf politischer Ebene verknüpft Russland mit seiner Militärintervention offensichtlich das Bemühen, nach der Ukraine-Krise nunmehr in der internationalen Gemeinschaft als ein zentraler Akteur bei der Einhegung oder gar Regelung des Syrien-Konflikts wahrgenommen zu werden. Gleichzeitig ist Moskau bestrebt, durch die Bildung einer Gegenallianz mit Syrien, Iran und Irak zu demonstrieren, dass dieses Bündnis wirkungsvoller agiert als die von den USA angeführte Koalition und zudem über eine größere Legitimationsbasis verfügt, da sie auf Initiative der jeweiligen Regierungen zurückgeht und lokale Partner einbezieht. Dieser Vorteil der russischen Position ist noch einmal dadurch unübersehbar geworden, dass die US-Regierung am

9. Oktober angekündigt hat, ihr Trainings- und Ausrüstungsprogramm für syrische Rebellen einzustellen, das sie erst im Dezember 2014 aufgelegt hatte. Im September musste Washington einräumen, dass bisher nicht einmal 50 Kämpfer ausgebildet worden seien. Stattdessen werde man sich künftig darauf konzentrieren, bestehende und bereits gegen den IS in Syrien kämpfende Gruppen zu unterstützen. Während Moskau in Syrien einen militärischen Partner »auf dem Boden« hat, muss die internationale Koalition, die sich zum Teil gegen den IS, zum Teil gegen das Assad-Regime engagiert, auf einen solchen Rückhalt nahezu komplett verzichten.

Auswirkungen auf Israel

Die russische Militärpräsenz hat zudem Auswirkungen auf Israel, Auch wenn Premierminister Netanjahu deutlich gemacht hat, dass Israel nicht bereit sei, sich seine militärische Handlungsfreiheit einschränken zu lassen, wird Jerusalem seine Bewegungen im syrischen Luftraum ebenfalls mit Moskau koordinieren müssen. Luftangriffe, wie sie Israel in den vergangenen Jahren häufiger mit dem Ziel unternommen hat, Waffenlieferungen von Iran durch Syrien an die Hisbollah zu unterbinden, werden künftig schwieriger auszuführen sein. Andererseits hat Israel nunmehr einen mächtigen Ansprechpartner für den Fall, dass der weitere Verlauf des Krieges in Syrien die israelischen Sicherheitsinteressen fundamental berühren sollte.

Fazit

Präsident Putin hat mit dem Engagement Russlands in Syrien den Westen überrascht und die Rahmenbedingungen für den Kampf gegen den IS und für die Einhegung des syrischen Bürgerkriegs erheblich verändert. Im welchem Maße dies ein Rückschlag für den Kampf gegen den IS in Syrien (und auch im Irak) bedeutet, wird von der Kooperationsbereitschaft Russlands und der USA in den kommenden Monaten abhängen.

Politisch sind mit der russischen Militärintervention eine Reihe von Grundannahmen westlicher Syrien-Politik hinfällig geworden bzw. bedürfen diese einer Differenzierung oder Revision:

1. Die Prämisse vieler westlicher Regierungen, dass Präsident Assad keine Rolle in einer zukünftigen politischen Ordnung Syriens spielen dürfe, ist kaum noch aufrechtzuerhalten. Trotz der zahllosen Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und seiner Verantwortung für Flucht und Vertreibung von Millionen Syrern werden ihn all diejenigen Regierungen und Kräfte der innersyrischen Opposition erst einmal als Gesprächspartner akzeptieren müssen, die darauf setzen, dass eine Einhegung des syrischen Bürgerkriegs mit Hilfe Moskaus gelingen könnte. Erste Statements westlicher Regierungsvertreter deuten bereits in diese Richtung. Die jüngsten Geländegewinne des IS könnten eine Sequentialisierung des internationalen Krisenmanagements zur Folge haben: Erst müsste die internationale Gemeinschaft ihre Aufmerksamkeit dem Kampf gegen den IS widmen und sich anschließend den anderen Dimensionen des syrischen Bürgerkriegs zuwenden. Welche Chance die parallelen Bemühungen der Vereinten Nationen haben, die innersyrischen Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen, um die Bedingungen eines Waffenstillstands zu verhandeln und die politische Transition vorzubereiten, bleibt abzuwarten. Kurzfristig erschwert das militärische Eingreifen Russlands eine politische Lösung des Konflikts.
2. In diesem Zusammenhang erscheint auch die zweite Annahme fraglich, dass nämlich das Format und das Momentum der internationalen Iran-Verhandlungen bruchlos für den Syrien-Konflikt im westlichen Sinne nutzbar gemacht werden könne. Russland hat seine Kooperation bei der Bekämpfung des IS in Syrien angeboten, jedoch nur zu dem Preis, dass Präsident Assad zunächst im Amt bleibt.

Dabei geht es Moskau wohl weniger um die Person des Präsidenten an sich als darum, sich gegen einen vom Westen induzierten Regimewechsel zu stellen. Wer Russland in dieser Frage als Partner begreift, wird um eine entsprechende Priorisierung (siehe Punkt 1) kaum umhinkommen.

3. Abhängig von den weiteren russischen Kriegszielen dürfte gegebenenfalls eine dritte Annahme hinfällig werden. Ob Russland angesichts seiner wirksamen, aber bisher quantitativ überschaubaren militärischen Fähigkeiten die syrische Regierung bei der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols auf dem gesamten Territorium des Landes unterstützen will bzw. kann, darf bezweifelt werden. Denn hierzu wäre eine großangelegte Offensive mit russischen Bodentruppen erforderlich. Eine Verstärkung der ohnehin existierenden Grenzen der verschiedenen Herrschaftsgebiete dürfte die Folge sein. Vor diesem Hintergrund erscheint es zumindest fraglich, ob eine westliche Syrien-Politik weiterhin darauf ausgerichtet sein sollte, die territoriale Einheit des Landes zu erhalten.

Allerdings ist die russische Führung wohl kaum in der Lage, den syrischen Bürgerkrieg alleine einzuhegen und darüber hinaus auch noch den IS zu besiegen. Aber das ist wohl auch nicht das russische Ziel: Denn ein anhaltende Instabilität Syriens und eine vergleichbare Lage im Irak erlauben es Moskau, sich nicht nur als Gegenentwurf zum Westen zu präsentieren, sondern vor allem als eine Art Vetomacht, was die zukünftige Gestaltung des Nahen und Mittleren Ostens betrifft.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364